

Solidarisch gegen Rassismus

Kein Frieden mit der deutschen Normalität

Vor knapp zweieinhalb Jahren flog der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) auf – nachdem zwei der Mitglieder ihr Versteck in Brand setzten und sich erschossen. Das Entsetzen über eine in der BRD agierende militante Nazi-Gruppe war darauf zunächst groß. Die Empörung über das gesamte Ausmaß der rassistischen Mordserie blieb jedoch genauso aus, wie der Moment der Wut auf eine Gesellschaft, in der Behörden und die ermittelnden Staatsdiener *Innen eine mörderische Organisation wie den NSU über Jahre hinweg als nicht möglich betrachteten. Rassistische Motive wurden dabei bei den Ermittlungen von vornherein ausgeschlossen. Statt dessen wurde sich bei der Tätersuche auf das Opferumfeld konzentriert und dabei aufgrund einer nicht deutschen Herkunft der Opfer, jedes mal ein angeblicher krimineller Hintergrund konstruiert. Gab es in den ersten Monaten noch eine kontinuierliche Berichterstattung, interessiert sich heute die Öffentlichkeit nach über hundert Prozesstagen gegen den NSU scheinbar wenig für den aktuellen Stand der Ermittlungen. Genauso wenig wurde und wird thematisiert, dass es Rassismus ist, der die Motive für solche Taten liefert und das es keine Gruppe im Untergrund geben kann, die nicht auf Helfer*Innen in der Gesellschaft angewiesen ist, die ihre Ideen mit tragen und mit diesen einverstanden sind.

Berichte in den Medien reduzieren den NSU mittlerweile zunehmend auf eine einzige Person: Beate Zschäpe. Dass sich eine Organisation wie der NSU auf weit über 150 mittlerweile bekannter Unterstützer*Innen verlassen konnte, dass die Mitglieder sich teils gar nicht im Untergrund befanden, sondern ein scheinbar „normales“ Leben führen konnten, findet kaum noch Erwähnung. Die Reduzierung des NSU auf Beate Zschäpe verschleiern das Ausmaß der vorhandenen Strukturen, auf die die Gruppe zu jeder Zeit zurückgreifen konnte. Sie verschleiern den Blick auf die gesellschaftlichen Zustände, die den NSU hervorgebracht haben, auf eine Gesellschaft in der „racial profiling“ und Abschiebungen staatliche Praxis sind und in der rassistische Vorfälle eine erschreckend alltäglich sind.

Die deutsche Gesellschaft bleibt eine Gesellschaft, aus der eine gezielt mordende Neonazigruppe jedoch nicht überraschend oder einfach aus dem Nichts auftaucht. In den Nachwendejahren war Deutschland von einer massiven neonazistischen Straßenmobilisierung geprägt, dessen Nachwirkungen sich in einigen Gebieten bis heute zeigen. In den Brand-

anschlägen und Pogromen von Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mannheim, Solingen, Mölln und vielen weiteren Städten fand die rassistische Hetze einen traurigen Höhepunkt. Die Neonazis konnten sich dem Rückhalt und der aktiven Unterstützung großer Teile der deutschen Bevölkerung sicher sein. Diese unterschwellig vorhandenen bis offen zur Schau gestellten rassistischen Einstellungen verstärkten die Wahrnehmung der Neonazis, in der sie sich selbst als legitimer Vollstrecker eines Volkswillens sehen.

Rassismus finden wir doch auch tagtäglich auf vielen verschiedenen Ebenen. Rassismus äußert sich dabei nicht nur in physischer Gewalt gegen Menschen. Rassistisch sind auch alltägliche Handlungen in Form eines bestimmten Sprachgebrauchs, also der Verwendung bestimmter Begriffe und Wörter oder auch Verhaltensweisen als auch die diskriminierende Gesetzgebung der Asylpolitik der BRD, sowie in den Medien und im Bildungssystem stets präsente Stereotype.

Das Flüchtlingsdrama von Lampedusa im Oktober 2013, bei dem mehr als 350 Menschen ums Leben kamen, schockierte. Dabei sind schreckliche Geschehnisse wie dieses keineswegs die Ausnahme – jeden Tag sterben Menschen an den von der Europäischen Gemeinschaftsagentur Frontex abgeschotteten Außengrenzen Europas. Immer wieder finden sich in den Medien Meldungen darüber, dass wieder Menschen ertranken.

Und während angesichts der ungezählten Toten im Mittelmeer vermeintlich überlegene moralische Ideale der „europäischen Verantwortung“ gepredigt werden und der Bundespräsident zu mehr Offenheit und Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtenden mahnt, bleibt die menschenverachtende Praxis der Abwehr an den Außengrenzen Europas weiterhin bestehen.

Wir haben uns gefragt: Ist es allein die Verwertbarkeit nach kapitalistischen Maßstab, die darüber entscheidet ob ein Mensch innerhalb der europäischen Gemeinschaft leben darf? Oder gilt tatsächlich eine Art Flüchtlingshierarchie, in der „richtige“ Geflüchtete von angeblichen „Wirtschaftsflüchtlings“ unterschieden werden? Die Berichte von Geflüchteten, lassen sich an letzter Stelle auf lediglich ein Wort herunter brechen, mit dem sich der deutsche Zustand beschreiben lässt: Willkür. Willkür, die sich auf Recht und Gesetz berufen kann – nur scheinbar ist dies ein großer Widerspruch.

Vorrangiges Ziel der deutschen Flüchtlingspolitik ist vor allem Abschreckung. Diese wird auch dadurch erreicht, dass die Geflüchteten möglichst lange in einem unsicheren Status

gehalten werden. Somit sind die oftmals willkürlich erscheinenden Entscheidungen der deutschen Ausländerbehörden ein durchaus gewünschtes Ergebnis der sogenannten „Ermessensspielräume“ im Aufenthaltsrecht.

Dem Protest von Geflüchteten gegen die diskriminierende Praxis der Ausländerbehörden und einem Eintreten für ein universelles Bleiberecht für alle Menschen, begegnet die deutsche Politik mit unmenschlicher Ignoranz und einer Kriminalisierung der Proteste – oftmals noch gefolgt von massiver Repression gegen die Aktivist*Innen.

Auch in Bremen werden Geflüchtete oftmals als Bedrohung empfunden. Bürger*Innen, die meinen, dass ihre „Lebensqualität gemindert“ würde, oder die „Angst haben, dass ihre Grundstücke entwertet würden“ und die sich deshalb in Bürgerinitiativen zusammenfinden, zeigen, dass sie ihren durchaus privilegierten Status erkannt haben, diesen unangetastet wissen wollen, und deshalb in sozial-chauvinistischer Manier direkt nach unten treten. Dass es durchaus solidarisches Verhalten mit Geflüchteten gab und gibt, soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, genauso so wenig wie die Tatsache, dass es sich hierbei leider um eine Minderheitenposition handelt.

Auch versteckt rassistische Stereotype werden immer wieder bedient, wenn z.B. behauptet wird, dass die „Kultur“ der Geflüchteten nicht zu „unserer“ passe. Kultur ist damit nur ein Sprachversteck für Rassismen.

Diese menschenfeindliche Betrachtungsweise ist es, die Abschiebungen gesellschaftlich legitimiert, rechtspopulistischen Entwicklungen Vorschub leistet und die zu fehlender Empathie angesichts von Katastrophen, wie sie sich im Mittelmeer abspielen, führt.

Fehlende Empathie und eine rassistische Polizeipraxis, wie die der Brechmittelvergabe, waren es auch, die zum Tod von Laye Alama Condé im Jahr 2005 führten.

Diesen beschissenen deutschen Zuständen entsprechend, gibt es auch in Bremen und umzu eine durchaus aktive, organisierte Rechte- bzw. Neonazi-Szene. Parteien wie „Bürger in Wut“ oder „die Rechte“ oder auch die „AfD“ versuchen mit ihrer Politik genau an die menschenfeindlichen und ausgrenzenden Parolen anzuknüpfen, wie sie z.B. in den Beiratsversammlungen in Bremen Nord von anwesenden Bürger*Innen und Vertretern*Innen verschiedener Parteien geäußert wurden. So versuchen die Neonazis sich als als wahre VertreterInnen und SchützerInnen eines angeblichen „deutschen Anliegens“ zu präsentieren.

Der NSU hätte niemals über 10 Jahre im Verborgenen handlungsfähig bleiben können, wenn er nicht von den gesellschaftlichen Zuständen getragen worden wäre. Das Desinter-

esse der deutschen Mehrheitsgesellschaft trägt dazu bei, dass sich kaum jemand für den Mord an Laye Alama Condé interessiert. Ebenso ist es in Deutschland möglich, dass Oury Jalloh in einer Polizeizelle in Dessau verbrennt, ohne dass auch nur ein verantwortlicher Polizist dafür juristisch belangt wird.

Auch die Toten an den Außengrenzen von Europa interessieren kaum länger als ein paar Tage.

Doch nicht nur im NSU Prozess, sondern in unterschiedlichsten Situationen gilt die Aussage „Ich bin doch kein Nazi“ oder „Ich bin kein Rassist“ als problemlos glaubwürdiges Bekenntnis und entlastet die Angesprochenen, jenseits aller vorhandenen Widersprüche in Bezug auf die wirklich vorhandene Weltanschauung – seien es eindeutig rechte Tattoos oder Bekleidung, die Teilnahme an Neonazidemonstrationen, nachweisbaren Übergriffen auf Andersdenkende oder ähnliches.

Von alleine wird sich dieser rassistische Normalzustand nicht ändern oder abschaffen.

Dabei auf den Staat oder Parteien zu vertrauen halten wir für falsch. Dafür gilt es die Arbeit unabhängiger antifaschistischer und antirassistischer Initiativen zu unterstützen.

Auch unter der Geschichte des NSU darf es keinen Schlussstrich geben!

Dazu bedarf es jedoch Solidarität! Solidarität mit den Hinterbliebenen der Opfer des NSU!

Solidarität mit den Geflüchteten, solidarisch gegen den rassistischen Polizei- und Behördenterror!

Feuer und Flamme den Ausländer-Behörden!

Abschiebungen verhindern!

Gegen die Unterbringung von Menschen in Sammelunterkünften!

Für eine Gesellschaft jenseits von Rassismus und Nationalismus!

Für eine Gesellschaft ohne Deutschland!